



Presseinformation

09.11.2010
Seite 1 von 2

**Ministerin Schulze: Hochschulen nehmen mehr
Studienanfängerinnen und -anfänger auf**

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

**Doppelter Abiturjahrgang und Wehrpflicht Thema im
Landeskabinett**

presse@stk.nrw.de
www.nrw.de

**Das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung teilt
mit:**

Das Land Nordrhein-Westfalen will in den Jahren 2011 bis 2015 insgesamt 90.000 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger aufnehmen, um steigenden Studierendenzahlen gerecht zu werden. Die Steigerung hängt vor allem mit dem doppelten Abiturjahrgang zusammen, der 2013 die Schulen verlässt. „Der zu erwartende Ansturm auf Studien- und Ausbildungsplätze ist eine große Herausforderung. Wir werden jetzt überprüfen, ob die von der Vorgängerregierung eingeleiteten Maßnahmen greifen und ob sie ergänzt werden müssen. Wir stehen mit Hochschulen und Wirtschaft in der gemeinsamen Verpflichtung, dass dieser Jahrgang gute Zukunftschancen hat“ sagte Wissenschaftsministerin Svenja Schulze nach der Sitzung des Landeskabinetts.

Auf dem Spitzengespräch zum Ausbildungskonsens NRW am 4. November 2010 haben die Landesregierung und die Partner zudem vereinbart, eine Ausbildungsgarantie anzustreben. Damit soll auch denjenigen Jugendlichen ein Angebot gemacht werden, die nicht ein Hochschulstudium anstreben.

Die Ministerien für Innovation, Wissenschaft und Forschung (MIWF), Schule und Weiterbildung (MSW) sowie Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) arbeiten eng zusammen, um sich auf die Herausforderungen des doppelten Jahrgangs vorzubereiten. Dazu gehört auch der Erfahrungsaustausch mit den Bundesländern, in denen bereits 2011 (Bayern und Niedersachsen) und 2012 (Baden-Württemberg) zwei Abiturjahrgänge die Schulen verlassen.

Die von der Bundesregierung geplante Aussetzung der Wehrpflicht und damit des Zivildienstes voraussichtlich 2011 führt zu einer weiteren Steigerung der Zahl der Studienberechtigten. Wissenschaftsministerin Svenja Schulze fordert vom Bund deshalb finanzielle Unterstützung für die Hochschulen. Eine zusätzliche Belastung ist kaum noch zu verkraften. „Wir brauchen dann weiteres Geld des Bundes, um neue Studienplätze schaffen zu können“, erklärte Schulze. Sie verwies auf die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern, bei der auch die Länderkolleginnen und -kollegen diese Forderung unterstützten. Offenbar habe sich die Bundesregierung über die Folgen der geplanten Reform für die Hochschulen bislang keine Gedanken gemacht. Nordrhein-Westfalen erwartet nach ersten Schätzungen, dass durch die Aussetzung von Wehrpflicht und Zivildienst 10.000 bis 20.000 Studienberechtigte mehr an die Universitäten und Fachhochschulen gehen könnten.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung, Telefon 0211 896-4790.

Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung <http://www.nrw.de>